

Sitzung des Kreistages vom 21.03.2022

1. Fragestunde für Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohner

Albrecht Doro aus Albstadt spricht für die Bürgerinitiative zur Reaktivierung der Talgangbahn. Er bedanke sich bei **Landrat Pauli**, der Landkreisverwaltung sowie der Stadt Albstadt für die Bemühungen zu diesem Projekt. Er bitte die Stadt Albstadt darum, den Zug nicht engleisen zu lassen, für den der Kreistag heute die Weichen stelle.

Kurt Sauter fragt nach, was **Landrat Pauli** und die Kreistagsmitglieder unternehmen werden, um das KSK Absetzgelände am Waldhof zu verhindern.

Landrat Pauli teilt mit, dass er am 10. Februar von Ministerpräsident Kretschmann über das Vorhaben informiert worden sei. Er habe sofort darauf gedrängt, die Bürgerschaft möglichst schnell und umfassend über die Planungen zu informieren. Am 22. März findet eine Bürgerinformationsveranstaltung in der Schloßparkhalle Geislingen statt. Er bedankt sich bei der Stadt Geislingen für die Unterstützung. Hier werden Verantwortliche von Bund, Land und Bundeswehr Informationen liefern und für Fragen zur Verfügung stehen. Man wolle zunächst die Fakten und die genaue Sachlage kennen und dann sehen was unternommen werde.

Annemarie Schneider aus Balingen teilt mit, sie habe ein Grundstück, das 2 - 3 km vom Waldhof entfernt sei. Als Bürgerinitiative Waldhof würde sie gerne wissen, wie die Kreistagsfraktionen zum geplanten Absprunggelände stehen. Die Bevölkerung im Umkreis von mehreren Kilometern werde von einer Lärm- und Schmutzbelastung betroffen sein.

Landrat Pauli merkt an, die Tagesordnung heute sei sehr umfangreich. Man könne das Gremium jetzt nicht diese Diskussion führen lassen. Die Fragen werde man im Nachhinein beantworten. Er denke es sei wichtig, sich von allen Seiten über alle Fakten zu informieren, bevor man eine Meinung habe.

2. Ausscheiden aus dem Kreistag von Wolfgang Ziemen und Nachrücken von Frank Hohnwald

a) Ausscheiden von Kreisrat Wolfgang Ziemen aus dem Kreistag: Feststellen eines wichtigen Grundes

b) Nachrücken von Frank Hohnwald: Feststellen etwaiger Hinderungsgründe

c) Verpflichtung von Frank Hohnwald

d) Neubesetzung von Gremien

Der Kreistag stellt fest, dass

1. ein wichtiger Grund für das Ausscheiden von Herrn Wolfgang Ziemen nach § 12 Abs. 1 der Landkreisordnung (LKrO) vorliegt,
2. bezüglich des Nachrückens der nächsten Ersatzperson, Herrn Frank Hohnwald, keine Hinderungsgründe nach § 24 der LKrO vorliegen,
3. im Wege der Einigung die Ausschüsse entsprechend der in der Anlage benannten Vorschläge neu besetzt werden.

einstimmig beschlossen

3. Ankunftszentrum Ukraine in Meßstetten

Für den Aufbau und die Einrichtung des Ankunftszentrums Ukraine in Meßstetten werden Haushaltsmittel i.H.v. 100.000 € bereitgestellt.

mehrheitlich beschlossen

4. Regionalstadtbahn Neckar-Alb – Reaktivierung der Talgangbahn

Vorbehaltlich der Entscheidung der Stadt Albstadt den Talgang zu reaktivieren, werden die Planungs- und Baukosten für die Reaktivierung der Talgangbahn durch den Landkreis finanziert und im Gegenzug soll die Stadt Albstadt die jährlichen Betriebskosten übernehmen.

einstimmig beschlossen

5. Zentralklinikum – Beauftragung zur Durchführung der Vorplanung (Grundsatzbeschluss zur Vorplanung)

Die Verwaltung wird in Abstimmung mit der Geschäftsführung des Zollernalb Klinikums gGmbH

1. mit der Durchführung der Vorplanung für das Projekt Zentralklinikum im Gewinn Firstäcker als Grundlage für einen späteren Baubeschluss beauftragt,
2. mit der Durchführung der VgV-Verfahren für die Vorplanung unter Hinzuziehung der fachlichen und rechtlichen Beratung beauftragt.
3. Das Raum- und Funktionsprogramm wird während der Vorplanung laufend an die weiteren Entwicklungen bei der sektionsübergreifenden Strategie und an die vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) vorgegebenen und vom Zollernalb Klinikum objektiv realisierbaren Mindestmengen für bestimmte Behandlungen angepasst.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gremium zeitnah eine aktuelle Stellungnahme des Sozialministeriums zur Einschätzung der Förderfähigkeit der derzeit geplanten Nutzfläche des Zentralklinikums samt der Förderfähigkeit der Planungskosten vorzulegen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zur ganzheitlichen Kostenbetrachtung des Zentralklinikums dem Gremium Vorschläge für Finanzierungsmodelle vorzulegen, welche die Übernahme der ansonsten beim Eigenbetrieb "Immobilien der Kreiskliniken" anfallenden Finanzierungskosten für den Neubau des Zentralklinikums einschließlich der Abschreibungen (AfA) durch die Zollernalb Klinikum gGmbH vorsehen.

mehrheitlich beschlossen

6. Fortschreibung Energie- und Klimaschutzkonzept Zollernalbkreis und Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement

1. Der Fortschreibung beginnend ab Mitte 2023 und Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes mit einem Klimaschutz-Controlling wird zugestimmt.
2. Dem Anschlussvorhaben Klimaschutzmanagement zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept vorbehaltlich der Anschlussförderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz wird zugestimmt.

mehrheitlich beschlossen

7. Bestellung von Naturschutzbeauftragten im Zollernalbkreis

Herr Christoph Heneka wird mit Wirkung vom 1.3.2022 erneut für die Dauer von fünf Jahren zum Naturschutzbeauftragten des Zollernalbkreises bestellt.

einstimmig beschlossen

8. Fortschreibung Radwegekonzeption an Kreisstraßen 2021-2025

- Weiteres Vorgehen
- Radweg Steinhofen-Engstlatt
- Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Bei Straßenbaumaßnahmen des Landkreises werden die Anliegen des Radverkehrs –wie bisher- von Anfang an in die Planungen mit einbezogen.

Grundlage hierfür bildet die jeweils aktuelle Radwegekonzeption des Landkreises

2. Der Radweg Steinhofen-Engstlatt wird in der aktuellen Radwegekonzeption von Priorität 2 nach Priorität 1 hochgestuft. Die Verwaltung wird beauftragt auf Grundlage der vorgestellten Planung den Grunderwerb zu tätigen und beim Regierungspräsidium einen Antrag auf Bezuschussung des Radwegs nach LGFVG zu stellen.

einstimmig beschlossen

9. Eröffnungsbilanz zum 1.1.2017

Der Kreistag beschließt die in Anlage 1 beschriebene Eröffnungsbilanz zum 1.1.2017.

einstimmig beschlossen

10. Bericht über die Wohnraumbeschaffung

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

11. Anträge aus dem Gremium

Antrag 1 der KBV&Basis-Fraktion zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht wird wegen fehlender Zuständigkeit des Kreistags **nicht zur Abstimmung gestellt**.

Antrag 2 der KBV&Basis-Fraktion zur Einrichtung eines kommunalen Gesprächsforums wird **mehrheitlich abgelehnt**.

Antrag 3 der KBV&Basis-Fraktion zum Thema Absprungfläche auf dem Waldhof wurde von der Fraktion **zurückgenommen**.

Antrag 4 der KBV&Basis-Fraktion wurde **bereits unter TOP 5 behandelt**.

12. Anfragen und Bekanntgaben

Dezernent Karl Wolf teilt mit, dass **Dr. Uwe Folwarczny**, nach seiner Vorstellung im Verwaltungs- und Finanzausschuss am 21. Februar, zum 1. Mai 2022 die Nachfolge als Kreisarchivar antreten wird.

Waldhof

Kreisrat Dr. Dietmar Foth merkt an, bei der heutigen Sitzung in Geislingen sei ein Wort zum Waldhof unverzichtbar. Ja man könne die Infoveranstaltung abwarten. Man brauche aber wenig Fantasie um zu erahnen, wie die Veranstaltung laufen werde. Es werde erläutert, warum es der Waldhof wird und nicht ob es der Waldhof wird. Seitens der Bundeswehr sei eine offene Diskussion wohl nicht erwünscht, daher sei die Online-Übertragung abgelehnt worden. Eine Realisierung beim Waldhof gehe gar nicht. Dies zerstöre Ackerland und Landschaft. Ihm sei es unverständlich, wie eine von einem grünen Ministerpräsidenten geführte Landesregierung dieses Gelände überhaupt in Erwägung ziehen könne. Es müsse im Land ein geeigneteres Gelände geben.

Landrat Pauli lädt **Herrn Dr. Foth** ein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Man sei gespannt auf die Aussagen der Verantwortlichen, welche Vorteile dies für den Kreis bringen solle.

Kreisrätin Angela Godawa merkt an, der Prozess in Haiterbach sei ein Musterbeispiel für Bürgerbeteiligung gewesen. Es sei unfair, dass es im Zollernalbkreis eine solche „Hau-Ruck-Aktion“ gebe. Man könne sich andererseits aber auch nicht auf die Aussage zurückziehen, das KSK könne springen wo es will, nur nicht bei uns. Man müsse sich auf Argumente berufen.

Landrat Pauli teilt mit, man erkenne Ängste und Szenarien, die sich aktuell aufgrund fehlender Informationen bilden. Er bitte darum, die Veranstaltung abzuwarten und sich hinreichend zu informieren, bevor man sich eine Meinung bilde.

Keine weiteren Wortmeldungen.